

Die Gewerbeverbands-Mitglieder setzen ein klares Zeichen

An der Frühlings-Präsidentenkonferenz sprachen die Präsidenten der Gewerbevereine und Berufsverbände unseres Gewerbeverbands Kanton Zug mit 2500 Mitgliedern aus 9 Gewerbevereinen und 18 Berufsverbänden deutliche Worte zu den kommenden Abstimmungen. Einstimmig und ohne Enthaltungen: Ein klares JA zum Stadttunnel, deutliches NEIN zur Erbschaftssteuer und zwingend ein NEIN zur Billag.

JA zum Stadttunnel

Ein Projekt, das wir im Kanton Zug schon zu lange nicht realisiert haben. Andere Städte haben es uns schon lange vorgemacht. Die Stadt Bern beispielsweise ist mittlerweile verkehrsfrei – mit dem Effekt, dass eine Flaniermeile entstand, wo die Geschäfte zum Shoppen und Geniessen einladen. Mit dem Stadttunnel schaffen wir für unsere Zukunft eine notwendige Verkehrsader, die den Gewerbetreibenden viele unproduktive Stunden im Stau erspart – und damit ermöglicht, effizient sowie konkurrenzfähig zu bleiben. Herr Regierungsrat Heinz Tännler hat exakt formuliert, dass die Finanzierung nichts mit den laufenden Kostenbegrenzungen und Sparprogrammen zu tun hat. Die Eigenfinanzierung des Stadttunnels ist durchdacht. Ein klares JA deshalb zum Stadttunnel, zu unserer Stadt Zug und unserem Kanton.

NEIN zur Erbschaftssteuer

Eine Erbschaftssteuer, wie sie die Initianten verlangen, ist der Todesstoss für viele KMUs, die über Jahre hinweg ihr Einkommen und Vermögen korrekt versteuert haben. Bei den vermeintlichen Millionen, die „vererbt“ werden, handelt es sich vor allem um Materialwerte wie Maschinenpark und Arbeitsinstrumente, die sich nicht einfach „versilbern“ lassen, ohne gleichzeitig den Geschäftsbetrieb lahmzulegen. Ein deutliches NEIN zur Erbschaftssteuer, wenn wir auch künftig gesunde KMUs mit attraktiven Arbeitsplätzen bewahren möchten.

NEIN zur Billag

Nach der Aufhebung des EURO-Mindestkurses geraten viele Unternehmen unter Druck. Wir müssen nun Arbeitsplätze sichern und dürfen uns keine neuen Steuerfallen aufbürden lassen. Die wenigen Gebührensenkungen führen schlussendlich zu grossen Mehrbelastungen für alle. Wir sind gegen diese zusätzlichen Zwangssteuern. Es kann nicht sein, dass Geschäftsleute als Privatpersonen zu Hause Billag-Gebühren bezahlen – um in ihrem Betrieb gleich nochmals die selben Gebühren entrichten zu müssen. Die Angebote des Service Public lassen sich schwerlich an beiden Orten gleichzeitig nutzen. Ein zwingendes NEIN zu einer neuen Gebühreneintreibung durch die Hintertür.

Wir Unternehmer sind dafür besorgt, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Wenn wir zunehmend mit immer neuen Auflagen, Abgaben und restriktiven Rahmenbedingungen konfrontiert werden, geraten unsere Zielsetzungen ernsthaft in Gefahr.

René Bläuer, Unternehmer aus Neuheim;
Vorstandsmitglied Gewerbeverband Kanton Zug sowie Präsident Gewerbeverein Neuheim Menzingen